



# FORDERUNGEN

## AN DIE LANDESREGIERUNG

SEPTEMBER 2022

### PRÄAMBEL

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und bereits jetzt für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderhitzung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit.

Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um 1,2 Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, die Klimakrise aufzuhalten und so zu verhindern, dass Kipppunkte überschritten werden und unser Klimasystem irreversibel aus dem Gleichgewicht gerät. Schaffen wir es nicht die Klimakatastrophe zu verhindern, werden Dürren, Stürme, Überschwemmungen und andere Extremwetterereignisse nicht nur menschliches Leid in einem bisher ungekannten Maß mit sich bringen, sondern auch weit höhere Kosten verursachen als alle Investitionen in wirksamen Klimaschutz heute.

Aus diesem Grund fordert Fridays For Future Mainz auf allen politischen Ebenen die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens sowie des 1,5-Grad-Ziels. Die Politik muss nachhaltig in Verantwortung für heutige und zukünftige Generationen handeln. Klimagerechtigkeit darf nicht länger vernachlässigt werden, sie muss ins Zentrum aller politischer Planungen rücken. Damit fordert Fridays For Future Mainz die Landesregierung und die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags dazu auf, endlich konsequent nach ihren verfassungsrechtlichen Pflichten, also dem Artikel 20a des Grundgesetzes und dem Artikel 69 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.



# FORDERUNGEN

## AN DIE LANDESREGIERUNG

SEPTEMBER 2022

### GOVERNANCE

- Wie im Koalitionsvertrag bereits versprochen, fordern wir die sofortige Erstellung eines jährlichen CO<sub>2</sub>-Budgets, welches regelmäßig überprüft und infolgedessen aktualisiert wird. Eine breite und regelmäßige Veröffentlichung des jeweils aktuellen Budgets ist genauso Teil dieser Forderung, wie eine konsequente Ausrichtung und Bewertung politischer Maßnahmen anhand des verbleibenden CO<sub>2</sub>-Budgets. Wir empfehlen die Berechnung des Budgets vom Sachverständigenrat für Umweltfragen zu übernehmen. Ab 2022 verbleibt Deutschland damit ein Budget von 4,2 Gt, wenn die 1,5-Grad-Grenze mit 50%-iger Wahrscheinlichkeit nicht überschritten werden soll. Dieses Budget muss nur noch anhand der Einwohnerzahl auf Rheinland-Pfalz heruntergebrochen werden.
- Alle landeseigenen Unternehmen und Einrichtungen sollen bei sämtlichen Ausgaben mit dem vom Bundesumweltamt ermittelten CO<sub>2</sub>-Schattenpreis von 205 € pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente rechnen.
- Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe werden. Dazu soll jede Kommune eine nach TVÖL 10 oder höher bezahlte Klimaschutzmanager\*in bekommen, die über ein eigenes Budget verfügt.
- Das Land RLP setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene, sowie in weiteren Netzwerken im Rahmen einer aktiven Vorreiterrolle für eine Einhaltung, engmaschige Überprüfung und Beschleunigung von Klimaschutzmaßnahmen ein.
- Das Land prüft bei allen Geldanlagen, ob sie mit Klimaschutz und Gemeinwohl vereinbar sind. Wo dies nicht der Fall ist, wird das Geld in andere Anlagen verschoben, die mit den oben genannten Kriterien vereinbar sind.
- Das Land RLP setzt sich auf Bundesebene gegen die Ratifizierung von CETA ein. Dieses würde Konzerne durch Schiedsgerichte erlauben, Umwelt- und Sozialstandards zu umgehen. Konzerninteressen würden sich gegenüber Klimaschutz und sozialen Interessen verstärkt durchsetzen. Die öffentliche Daseinsvorsorge für Wasser, Energie, Nahverkehr und Gesundheit könnte leichter kommerzialisiert und privatisiert werden.



# FORDERUNGEN

## AN DIE LANDESREGIERUNG

SEPTEMBER 2022

### WINDKRAFT

- Laut Koalitionsvertrag sollen pro Jahr 500 MW zugebaut werden. Nach dem Marktstammdatenregister wurden im ersten Halbjahr 2022 in RLP 13 Windräder errichtet und 3 abgebaut. So entstanden lediglich ca. 50 MW Windkraftleistung, d.h. 10% der versprochenen Ausbauziele. Bereits in 2021 wurde das Koalitionsziel krachend verfehlt. Wir fordern nachdrücklich, dieses selbstgesteckte Ziel so schnell wie möglich einzuhalten und auf lange Sicht merklich zu übertreffen.
- Die lokalen und angrenzenden Kommunen müssen an den Gewinnen aus Windkraft beteiligt werden.
- Die Genehmigung einer Windkraftanlage muss innerhalb von einem Jahr oder weniger abgeschlossen sein.

### SOLARKRAFT

- Laut Koalitionsvertrag sollen jährlich 500 MW Solarleistung zugebaut werden. Nach dem Marktstammdatenregister wurden im ersten Halbjahr 2022 in RLP nur 182 MW Solarleistung zugebaut, d.h. erst 36% der versprochenen Ziele. Auch im Jahr 2021 wurden die selbst gesteckten Ziele krachend verfehlt. Wir fordern auch hier, dieses selbstgesteckte Ziel so schnell wie möglich einzuhalten und auf lange Sicht merklich zu übertreffen.
- Förderprogramme für die Solarenergie sind trotz der Energiekrise immer noch nicht bekannt gegeben. Dies ist zeitnah nachzuholen.
- Wir fordern vereinfachte Regeln zur Nutzung von Land für Agri-PV und eine Beratung der Landwirte. Bei Dauergrünland ist eine Aufständigung der Solarmodule freiwillig. Eine Flächendoppelnutzung ist auch für alle versiegelten Flächen zu prüfen, insbesondere Autobahnen und Parkplätze aller Größe.
- Wir fordern vereinfachte Kreditvergabe für Solaranlagen bis 1000 kWp. Bei Anlagen einer Größe oberhalb von 5000 kWp muss die Kommune an den Gewinnen beteiligt werden.



# FORDERUNGEN

## AN DIE LANDESREGIERUNG

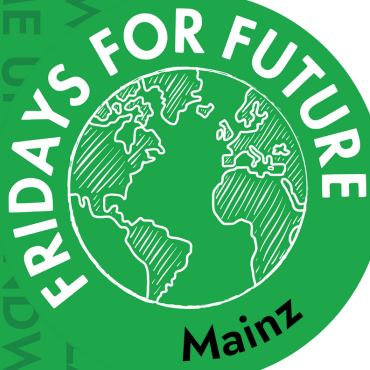
SEPTEMBER 2022

### INDUSTRIE UND ARBEIT

- Wir fordern eine Ausrichtung der rheinland-pfälzischen Industrie nach den Prinzipien des nachhaltigen Wirtschaftens: Suffizienz, Konsistenz und Effizienz. Eine Umsetzung dieser Prinzipien ist durch die Landesregierung aktiv zu fördern.
- Kleine und mittelständische Betriebe müssen kostenfreie und niedrigschwellige Klimaschutzberatung erhalten.
- Fördermittel für Unternehmen müssen in Zukunft an gemeinwohlorientierte Kriterien gebunden werden. Für die Vergabe muss insbesondere der Klimaschutz nach Scope 1, 2 & 3 gewährleistet sein.
- Nach dem Vorbild der Erste-Hilfe-Kurse fordern wir verpflichtende Klima- & Nachhaltigkeitskurse für jeweils fünf Prozent der Belegschaft pro Jahr, ab einer Beschäftigtenzahl von 20 Personen. Diese Maßnahme sollte nicht nur Angestellte in Unternehmen und Betrieben erreichen, sondern ebenfalls auch Angestellte im öffentlichen Dienst.

### VERKEHR

- Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau vom Zug-, Fahrrad- und Busnetz und vereinheitlichte und günstige ÖPNV-Tarife (bspw. ein 365€-Ticket). Mobilität sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum muss in Zukunft personenzentriert und nicht PKW-zentriert gedacht und umgesetzt werden.
- Das bedeutet in der Stadt beispielsweise eine Reduzierung von Parkplätzen, eine sozialverträgliche Erhöhung der Gebühren für das Anwohnerparken, Prämien für den Umstieg auf emissionsarme Mobilitätslösungen sowie andere Maßnahmen, die ein Anreiz für einen Ausstieg aus der PKW-Nutzung schaffen.
- Auf dem Land müssen flächendeckend Alternativen zum privaten PKW geschaffen werden, u.a. durch eine flächendeckende Anbindung aller Dörfer an den ÖPNV, sowie der Förderung von Carsharing und Rufbussen.
- Ergänzend dazu ist ein flächendeckender Ausbau von Ladesäulen für E-Autos notwendig.



# FORDERUNGEN

## AN DIE LANDESREGIERUNG

SEPTEMBER 2022

### GEBÄUDE UND WÄRME

- Wie in Baden-Württemberg soll auch in Rheinland-Pfalz eine kommunale Wärmeplanung verpflichtend werden.
- Wir fordern die Ausweitung von Beratungsstellen für ökologische Sanierungen und eine damit einhergehende Offensive im Einbau von Wärmepumpen.
- Wir fordern eine Ausweitung der Photovoltaik-Pflicht (Landessolargesetz) auf nicht-gewerbliche Neubauten, sowie eine Quotierung der zu verwendenden Dachfläche. Des Weiteren ist eine Pflicht zur Überprüfung und ggf. Nachrüstung von Bestandsbauten zu ergänzen.
- Wir fordern alle öffentlichen Gebäude – soweit möglich – mit Solaranlagen zu versehen. Die Anzahl der mit Solaranlagen versehenen Landesgebäude ist nahezu konstant geblieben.
- Bauen muss nach weiteren nachhaltigen Kriterien erfolgen. Das bedeutet neben dem bereits genannten u.a. einen Fokus auf Verdichtung, bspw. durch Bauen in die Höhe, eine Vermeidung von Flächenversiegelung, sowie Dach- und Fassadenbegrünung.
- Klimaanpassungsmaßnahmen sind stärker zu fördern, von Schwammstädten & Regenrückhaltebecken bis zu Dürre- und Hitzeschutzplänen.

### LANDWIRTSCHAFT

- Ökologische Landwirtschaft soll mit Anreizen gefördert werden. Außerdem sollen als Formen nachhaltiger Landwirtschaft insbesondere Agroforstsysteme, Permakulturen, holistisches Weidemanagement, sowie mehrjährige Brachen gefördert werden. Auch das Angebot von kostenlosen Beratungen zu nachhaltiger Landwirtschaft und Humusaufbau in den Böden soll stark erhöht werden.
- Ein Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen oberhalb einer Größe von 20 ha an ausländische Investoren und Firmen ist staatlich zu prüfen.



# FORDERUNGEN

## AN DIE LANDESREGIERUNG

SEPTEMBER 2022

### NATURSCHUTZ

- Wir fordern eine Ausweitung des Schutzes von Wäldern, Gewässern, Biotopen & Böden.
- Alle landeseigenen Grünflächen, inklusive Parks und Seitenstreifen von Straßen sollen insektenfreundlich gestaltet werden.
- Mehr Grünflächen und eine umfangreiche Entsiegelung von Flächen in Städten und Gemeinden sind notwendig, um die Resilienz unserer Kommunen gegenüber zukünftigen Extremwettersituationen zu stärken.

### BILDUNG

- Wir fordern eine Ausbildungs-Offensive für Berufe, die für die konkrete Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen besonders relevant sind. Dies inkludiert auch Weiterbildungen zu klimaschutzrelevanten Technologien für lernende und ausgelernte Handwerker\*innen, wie bspw. Kurse zu Wärmepumpen, etc.
- Wir fordern, dass Bildung für Nachhaltige Entwicklung in schulischen Curricula stärker verankert wird. Des Weiteren fordern wir einen ganzheitlichen Nachhaltigkeitsplan für die Hochschulen und Universitäten in Rheinland-Pfalz über die Bereiche Lehre, Forschung, Betrieb & Governance hinweg.
- Zur Umsetzung des oben genannten fordern wir zusätzliche Investitionen in Bildung und die Schaffung weiterer dauerhafter Strukturen in Schulen, Hochschulen, Ministerien und Behörden in Form von Stabstellen für Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Green Offices, Nachhaltigkeitsbüros und -multiplikator\*innen.





# FORDERUNGEN

## AN DIE LANDESREGIERUNG

SEPTEMBER 2022

### **GLOBALE KLIMAGERECHTIGKEIT**

angelehnt an die Forderungen des Black Earth Kollektivs

- Wir fordern Solidarität mit Umweltaktivist\*innen im Globalen Süden.
- Unsere derzeitigen Produktions- und Wirtschaftssysteme laufen zu Lasten von Menschen und Ökosystemen im Globalen Süden. Wir fordern, diese aufzuarbeiten und von ausbeuterischen in kooperative Systeme zu transformieren.
- Wir fordern eine Förderung von Solar- und Windparks im Globalen Süden in Zusammenarbeit mit inländischen Investoren, die eine Gewinnausschüttung direkt vor Ort als Ziel haben.
- Wir fordern die Entschädigung für historische Treibhausgasemissionen und deren Auswirkungen.
- Die Klimakrise und ihre Folgen wie Dürren oder Fluten sind ein wesentlicher Grund für Migration und Flucht. Wir fordern dies politisch anzuerkennen.
- Wir fordern einen Politikprozess, der alle marginalisierten und besonders durch die Klimakrise betroffene Menschen stärker im politischen Prozess hört und einbezieht.